

Parlamentarischer Vorstoss. Antwort des Regierungsrates

Vorstoss-Nr.: 041-2014
Vorstossart: Motion
Richtlinienmotion: ☐
Geschäftsnummer: 2014.0103

Eingereicht am: 27.01.2014

Fraktionsvorstoss: Nein
Kommissionsvorstoss: Nein
Eingereicht von: Hess (Bern, SVP) (Sprecher/in)

Weitere Unterschriften: 11

Dringlichkeit verlangt: Ja
Dringlichkeit gewährt: Ja 20.03.2014

RRB-Nr.: 534/2015 vom 30. April 2014
Direktion: Finanzdirektion
Klassifizierung: Nicht klassifiziert
Antrag Regierungsrat: **Ablehnung**



Keine Gelder von der Nationalbank: Weitere Einsparungen jetzt vornehmen!

Ich fordere den Regierungsrat auf, den Einnahme-Ausfall sofort mit zusätzlichen Einsparungen aufzufangen, damit eine ausgeglichene Jahresrechnung 2014 erreicht wird.

Begründung:

Wie die Schweizerische Nationalbank (SNB) Anfang Januar 2014 bekannt machte, wird sie für das Geschäftsjahr 2013 einen Verlust von rund 9 Milliarden Franken ausweisen. Für die Kantone bedeutet dies, dass sie nicht von einer Gewinnausschüttung profitieren werden.

Die kantonale Finanzdirektion hat nun aber bereits den SNB-Beitrag in der Höhe von 82 Millionen Franken fest eingeplant. Statt einer „schwarzen Null“ droht dem Budget nun ein Defizit.

Antwort des Regierungsrates

Der Voranschlag 2014 weist nach der technischen Umsetzung der Beschlüsse des Grossen Rates aus der Novembersession 2013 zum Voranschlag 2014 in der Laufenden Rechnung einen Überschuss von CHF 11 Millionen aus. Darin enthalten sind die Erträge der für das Voranschlagsjahr 2014 prognostizierten Gewinnausschüttung der Schweizerischen Nationalbank (SNB) an den Kanton Bern in der Höhe von CHF 82,4 Millionen.

Aufgrund des Jahresverlusts von CHF 9,1 Milliarden im Rechnungsjahr 2013 gab die SNB am 6. Januar 2014 ihren Verzicht auf eine Gewinnausschüttung an den Bund und die Kantone bekannt. Dementsprechend hat sich die finanzpolitische Ausgangslage des Kantons Bern für den Budgetvollzug 2014 zu Beginn des Jahres deutlich verschlechtert.

Rund zwei Monate später konnte der Regierungsrat im März 2014 allerdings ein überraschend positives Rechnungsergebnis für das Jahr 2013 präsentieren. Das positive Rechnungsergebnis ist unter anderem auf deutlich höhere Steuererträge als bis anhin prognostiziert zurückzuführen. Diese werden sich – zumindest teilweise – auch auf die Folgejahre positiv auswirken. Der Regierungsrat geht derzeit davon aus, dass mit den höheren Steuererträgen sowie weiteren Haushaltsverbesserungen – u.a. resultierend aus der Jahresrechnung 2013 – sowohl die ausbleibende Gewinnausschüttung der SNB wie auch die drohenden höheren Aufwendungen im Alters-, Gesundheits- und Sozialbereich im Verlauf des Budgetvollzugs 2014 kompensiert werden können.

Vor diesem Hintergrund sieht der Regierungsrat im Budgetvollzug 2014 derzeit keine Erfordernis für die Erarbeitung von zusätzlichen, über die ASP 2014 hinausgehenden, Einsparungen. Er lehnt deshalb die vorliegende Motion ab.

Darüber hinaus weist der Regierungsrat darauf hin, dass kurzfristige Einsparungen (d.h. Entlastungen auf der Aufwandseite) in der geforderten Grössenordnung von rund CHF 80 Millionen mit Wirkung auf den laufenden Budgetvollzug kaum realistisch sind. Dies umso mehr, als der Budgetvollzug 2014 zum Zeitpunkt der Beratung dieses Vorstosses im Grossen Rat bereits seit fünf Monaten im Gange ist.

An den Grossen Rat